



Militarischer Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Amtsstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank & Co., Wildbad; Bförschheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postkontonto 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Anzeigenpreis 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Verurteilung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg. — Druck, Verlag u. verantwortl. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 132

Februars 479

Samstag den 10. Juni 1933

Februars 479

68. Jahrgang.

Der Sonderkommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung von Oberbayern.

Aufruf

Soeben erreicht mich die Ankunftsmitteilung einer großen Anzahl ausgewiesener und durch die Parteiverfolgung zum Wegzug gezwungener Deutscher aus Oesterreich und der Tschechoslowakei. Ungezählte werden noch folgen. Ihrem Wirtungstreis gewaltig entzogen, ohne Einkommen, ohne Obdach, in ihrem Herzen die Bekenntnisfreude zum großen deutschen Reich sind sie auf unsere Unterstützung angewiesen.

Unsere eigene Not ist groß! Unsere Mittel reichen selbst für den örtlichen Bedarf nicht aus, denn die Zahl der in München Hilfesuchenden ist angesichts der nahen Grenzen von jeher eine bedeutende gewesen.

Die kleinste Verzögerung hat ungeheures Glend zur Folge! Ich wende mich deshalb an diejenigen Stände, die heute noch über ein gesichertes Einkommen verfügen und bitte Jeden nach seinem besten Können, ohne Vernachlässigung seiner bisherigen sozialen Pflichten, durch die Tat sein Bekenntnis zum großen deutschen Volkstum durch rasche Hilfe zu beweisen. Alle Großfirmen, der Industrie und des Handels bitte ich herzlich, in die vorderste Linie der Hilfsfront zu treten und Einzahlungen zu leisten auf das Konto N. S. -Rothhilfe im Gau München-Oberbayern, z. Hd. der Gattin des Herrn Reichsinnenministers Dr. Frick, Frau Elisabeth Frick, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, München, Lenbachplatz.

Für jede Spende danke ich im Namen unserer deutschen Brüder in Oesterreich!

Der Sonderkommissar der Obersten SA-Führung
gez. Seidler.

Der Sonderkommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung von Württemberg und Hohenzollern.

Dem habe ich hinzuzusetzen:

Die Zahl der Flüchtlinge aus Deutsch-Oesterreich, die aus Treue zum Deutschtum durch die Regierung Dollfuß ausgewiesen werden, ist bereits so groß, daß die bayr. Regierung sich genötigt sah, zur Aufnahme dieser Flüchtlinge ein Konzentrationslager zu errichten. Es ist der Wunsch des Führers, daß den vertriebenen Deutsch-Oesterreichern durch Spenden größtmögliche Hilfe zuteil wird.

Ich richte daher an alle Volksgenossen — besonders an die wirtschaftlich besser gestellten — die herzlichste Bitte, sich an dem dringenden Hilfswerk durch Spenden zu beteiligen.

Meine Beauftragten werden mit Sammellisten an die Einzelnen noch herantreten.

Der Sonderkommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung von Württemberg und Hohenzollern:
gez. Köhler.

Parteiamtliche Bekanntgabe

NSK Der Reichscharmeister gibt bekannt:

Betreff: Herstellung und Vertrieb parteiamtlicher Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für sämtliche Formationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Im Hinblick auf die unterm 21. März 1933 durch den Herrn Reichspräsidenten erlassene Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung, sowie auf die Interpretation des Herrn Reichsjustizministers vom 27. April 1933 gebe ich folgendes bekannt:

Mit Wirkung vom 1. August 1933 sind nur solche Firmen berechtigt, Uniformen oben erwähnter Art herzustellen und zu vertreiben, die von Seiten der Reichsleitung im Besitze eines Berechtigungsausweises zur Fabrikation und zum Verkauf sind. Anträge auf Ausstellung eines Berechtigungsausweises sind an die Reichszugmeister der NSDAP., München, Schwabinger Straße 53, zu richten. Vorzuleisten wird der Antragschein zur Erlangung des Berechtigungsausweises gegen Mitbefundung von Rückporto abgegeben. Hersteller, Verkäufer von parteiamtlichen Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, welche nach dem 1. August 1933 bei der Herstellung oder beim Vertrieb betroffen werden, haben unmissverständlich strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen. Sittgemäß gilt Vorkaufendes für die Herstellung sowie den Vertrieb von Parteiamtlichen der NSDAP. und der ihr angeschlossenen Verbände und Formationen.

Nachstehend wird, um allen Zweifeln zu begegnen, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 21. März 1933 zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung im Auszug zur Kenntnis gebracht.

München, den 31. Mai 1933. Schwarz.

NSK. Der Stabsleiter der P.O. erläßt folgende Anordnung: Seinerzeit sind durch Anordnung die Gauen Seefahrt und Ausland aufgelöst worden und es wurde eine neue Abteilung

Tagespiegel

In dem am 1. Juni in Kraft getretenen Gesetz über die Abänderung strafrechtlicher Vorschriften wird für Vergehen an der Sozialversicherung Zuchthaus angedroht.

Der Jahresrechnungsabschluss 1932 des Reichs ist ein verhältnismäßig günstiger; er weist nur einen tatsächlichen Fehlbetrag von 190 Millionen auf.

Reichsjustizkommissar Dr. Frank hielt am Donnerstag einen Rundfunkvortrag über die Neugestaltung des deutschen Rechts; er kündigte die Gründung einer Akademie für deutsches Recht in München unter nationalsozialistischer Führung an.

Der preußische Justizminister kündigt in einem Erlass die rückwärtslose Verfolgung von Mietwucherern an.

Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Antonie Pfälz hat sich in München mit einem Schlafmittel vergiftet. Es liegt einwandfrei Selbstmord vor.

Durch ein vom Reichskabinett verabschiedetes Gesetz über die Zahlungsstrafen in Aufwertungsfragen soll dem Aufwertungsschuldner die Möglichkeit gegeben werden, in den Fällen, in denen bisher ein Zahlungsstrafverfahren nicht mehr offengehalten hat, sich noch einmal an die Aufwertungsstelle wenden zu können zur Festsetzung einer Zahlungsfrist, die aber nicht über den 31. Dezember 1934 hinausgehen darf. Die neuen Anträge müssen spätestens bis zum 31. Juli d. J. gestellt werden.

bei der Obersten Leitung der P.O. für Deutsche im Ausland gebildet.

Diese Abteilung für Deutsche im Ausland umfaßt auch alle Seefahrer und es ist bei der Abteilung für Deutsche im Ausland in Hamburg eine Unterabteilung Seefahrt gebildet. Diese Unterabteilung Seefahrt zieht die Beiträge ein und nimmt die Aufnahmehelme entgegen, um sie an die Zentrale nach München weiterzuleiten. Mit der Leitung der Abteilung für Deutsche im Ausland ist, wie bereits gemeldet, Pg. Bohle beauftragt, der gleichzeitig auch der N.S.D.-Obmann für die Abteilung für Deutsche im Ausland ist.

Der Stabsleiter der P.O.: gez. Dr. Ley.

NSK Der Führer des Kampfbundes für Deutsche Kultur erläßt folgende Anordnung:

Zum Organisationsleiter des Kampfbundes für Deutsche Kultur für das ganze Reich bestimmt ich hiermit Pg. Staatskommissar Hans Hinkel.

Pg. Gotthard Urban bleibt nach wie vor Reichsgeschäftsführer des K.F.D.K. gez.: Alfred Rosenberg.

Das Schicksal der Abrüstungskonferenz

Am Tage nach der Paraphierung des Viermächteabkommens hat sich auch die Spannung um das Schicksal der Abrüstungskonferenz — allerdings in negativem Sinne — gelöst. Die Pariser Besprechungen zwischen Frankreich, England und Amerika haben zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, eine Lage, die auch auf der Abrüstungskonferenz selbst jede Erfolgsmöglichkeit ausschließt. Noch wird die Hoffnung gehegt, daß die Weltwirtschaftskonferenz Gelegenheit zur Verständigung über die grundlegenden Abrüstungsfragen geben werde, so daß der Generalkonferenz, der Anfang Juli wieder aufzutreten soll, doch noch eine Arbeitsgrundlage vorfinden könnte. Dazu wäre aber eine einschneidende Aenderung der Haltung Frankreichs notwendig, wofür gerade nach dem Verlauf der Pariser Besprechungen keine Anzeichen entdeckt werden können. Nachdem Frankreich jahrelang den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz zu verzögern gewohnt hatte, hat es seit einem Jahr nacheinander die Militarisierung des Völkerbundes, die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, die Abschaffung der deutschen Reichswehr und verschiedenen andere gefordert, um von dem Hauptthema, der qualitativen Abrüstung, abzulenken. Nachdem sich alle diese Projekte totgelaufen haben und die Angebote auch in den angelsächsischen Ländern beträchtlich geworden sind, stellt Frankreich die Frage der Rüstungskontrolle als Mittel zur Verschleppung und Umgehung seiner eigenen Abrüstung in den Vordergrund. Es fordert damit bewußt eine Maßnahme, die nur nach vollzogener Abrüstung einen gerechten und vernünftigen Sinn haben kann, vorher aber weiter nichts als eine Ausnahmehandlung und Schikanierung der bereits abgerüsteten Länder darstellen würde. Die von Frankreich angeregte, etwa dreijährige Probezeit für die Anwendung dieser Kontrolle enthält für Deutschland die Zusage, den Beginn der Uebergangszeit für die volle Bewirkung der Gleichberechtigung von ganz ungewissen Bedingungen abhängig zu machen und die ganze künftige Entwicklung praktisch dem freien Ermessen Frankreichs anheimzustellen. Selbst für den Fall, daß die Probezeit zur vollen Zufriedenheit Frankreichs verlief, wäre nicht die geringste Gewähr für eine wirkliche französische Abrüstung gegeben.

Im Reichsverkehrsministerium fand eine Verhandlung zwischen Vertretern der Kraftverkehrswirtschaft und den Zentralverbänden der Revisionsvereine statt. Sie führte zu dem Ergebnis, daß eine namhafte Herabsetzung der Gebühren im Kraftfahrwesen durchgeführt werden müsse.

Im Gerekoprozess erhielt Dr. Gerek am Freitag das Schlusswort. Der Verteidiger beantragte Freispruch bzw. Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie.

Im Prozess wegen der Ermordung des SA-Manns Tietz wurde Freitag mittag im Gerichtssaal eine Razzia vorgenommen; 12 Personen wurden festgenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags stimmte in einer Sitzung gegen eine Verlesung des Sines der Führung der SPD. von Berlin nach Prag.

Auf der Tagung der erneuerten Abteilung für Dichtung an der Preussischen Akademie der Künste wurde Hanns Johst zum ersten Vorsitzenden, Hans Friedrich Blund zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Wilhelm Furtwängler wurde für die Berliner Oper auf 5 Jahre verpflichtet.

Der Davispokalkampf Japan — Deutschland endete am ersten Tag 2:0 für Japan.

Der französischen Regierung wurde von der Kammer mit 347 gegen 245 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Der Wellfleger Mattern ist in Bolejo in der Nähe von Irkutsk um 15.45 Moskauer Zeit gelandet.

Gegen Berrat der deutschen Volkswirtschaft

Berlin, 9. Juni. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am 8. Juni ein Gesetz gegen Berrat der deutschen Volkswirtschaft beschlossen. Dieses richtet sich gegen die Kapital- und Steuerflucht. Das neue Gesetz wird denjenigen Personen, die sich der Kapital- oder Steuerflucht schuldig gemacht haben, die letzte Möglichkeit geben, Straffreiheit zu erlangen. Das Gesetz sieht vor, daß der Kapital- oder Steuerpflichtige straffrei bleibt, wenn er die am 1. Juni 1933 im Auslande besessenen, aber in seiner letzten Vermögenserklärung nicht angegebenen Vermögensstücke und die in seinem Besitz befindlichen Devisen, die am 1. Juni 1933 anbieterpflichtig waren, bis zum 31. August 1933 bei dem für ihn zuständigen Finanzamt oder bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung anzeigt. Es sind lediglich die zu wenig gezahlten Steuern nachzuzahlen. Wenn ein deutscher Reichsangehöriger die Anzeigepflicht bis zum 31. August 1933 nicht erfüllt, wird er wegen Berrats der deutschen Volkswirtschaft schwer bestraft, und zwar mit Zuchthaus, wenn die Anzeige vorsätzlich unterblieben ist, und mit Gefängnis nicht unter einem Jahr, wenn die Anzeige aus Fahrlässigkeit unterblieben ist. Daneben kann auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Es wird ausdrücklich betont, daß das Gesetz vom 8. Juni 1933 das letzte ist, das Kapital- und Steuerpflichtigen die Möglichkeit gibt, die Dinge, die sie zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft in den geleglich vorgeschriebenen Erklärungen verschwiegen haben, anzugeben, wenn sie der Bestrafung wegen der durch sie erfolgten Schädigung der deutschen Volkswirtschaft entgehen wollen.

Durch das Gesetz vom 8. Juni 1933 sollen erreicht werden: 1. eine Beseitigung der Unruhe, die wegen vermuteter Kapital- oder Steuerflucht da und dort vorhanden ist, 2. die Wiederherstellung der Kapital- und Steuermoral, soweit sich diese auf im Auslande befindliches Vermögen oder auf im Inlande befindliche Devisen erstreckt, 3. die Herstellung der steuerlichen Gleichmäßigkeit, 4. eine Erhöhung des Devisenbestandes der Reichsbank.

Staatssekretär Reinhardt gab Pressevertretern noch einige Erläuterungen zu diesem Gesetz. Wer sich der Kapital- oder Steuerflucht schuldig mache, begehe Berrat an der deutschen Volkswirtschaft. Ein solcher Berrat stehe dem militärischen Landesverrat gleich und könne nicht stark genug bestraft werden. Er wies dabei insbesondere auf den § 8 hin, demzufolge diejenigen, die ihre Anzeigepflicht nicht rechtzeitig erfüllen, mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft werden; praktisch bedeute das Zuchthaus von 3 bis 15 Jahren.

Stimmen zum Transferaufschub

Berlin, 9. Juni. Bei dem Erlass des Transferaufschubs handelt es sich keineswegs um eine willkürliche Handlung der Reichsbank, sondern um die Folge einer Entwicklung, für die die Reichsbank völlig unverantwortlich ist. Die Weltwirtschaftskonferenz wird nun vor die Frage

gestellt, wie Deutschland und die anderen Länder, die ihren Schuldendienst nicht nachkommen können, dazu gebracht werden können, die nötigen Devisen zu verdienen. Der deutsche Zahlungswille ist in den letzten Jahren einwandfrei bewiesen worden. Deutschland hat geradezu einen „Fanatismus des Bezahlers“ gezeigt.

Auch die Berliner Presse weist übereinstimmend auf das Zwangsläufige dieser Maßnahme der Reichsbank hin, die angesichts der katastrophalen Entwicklung der Devisenverhältnisse eine dringende Notwendigkeit geworden sei.

Der Völkische Beobachter spricht von einer vorübergehenden Notmaßnahme, die die Sicherheit der privaten Eigentumsrechte nicht berühre. — Der Tag betont, durch das deutsche Transfermoratorium werde die Weltwirtschaftskonferenz gezwungen, sich gleich mit dem Problem zu befassen, wie die Schuldnerländer in die Lage versetzt werden sollen, ihre Schulden trotz der überall sich auftürmenden Handelshemmnisse zu bezahlen. Deutschland habe das Seine getan, jetzt sei es an den Auslandsgläubigern, einen Weg zu finden, wie die Aufnahmefähigkeit der Welt für deutsche Waren erhöht werden könne. — Die Völkische Zeitung spricht von einem schwerwiegenden Schritt, der schließlich unvermeidbar geworden sei.

Die Schweiz droht

Bern, 9. Juni. Im schweizerischen Nationalrat und Ständerat kam es Freitag vormittag zu einer Erklärung zum deutschen Transfer-Moratorium. Nachdem in der Zolltarifkommission die Frage bereits besprochen worden war, nahmen die beiden Räte eine Entscheidung an, in der festgestellt wird, der Bundesrat sei ermächtigt, gegenüber Staaten, die den freien Zahlungsverkehr einschränken, die schweizerischen Interessen durch den Abschluß kurzfristiger Abkommen zu wahren. Diese Ermächtigung bedeute, daß die Regierung in solchen Fällen nicht nur durch Beschränkung der Wareneinfuhr, sondern auch durch jede andere geeignete wirtschaftliche oder finanzpolitische Maßnahme, insbesondere durch Beschränkung des Zahlungsverkehrs nach deutschen Ländern die schweizerischen Interessen vertreten könne. Der Bundespräsident Schulthess erklärte hierzu, daß es der Schweiz als einem der größten Kreditgeber Deutschlands nicht gleichgültig sein könne, ob sie die Zinsen für die Kredite erhalte. Die Schweiz sei ein guter und kaufkräftiger Kunde. Es sei daher nicht anständig, daß sie die bezogene Ware bezahle, selbst aber kein Geld erhalte. Er hoffe jedoch, daß eine Einigung zugunsten der Schweiz mit Deutschland in London zustandekommen werde. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß die Aufrollung dieser Frage für die Schweiz handelspolitische Schwierigkeiten mit sich bringen könne.

England und Amerika zeigen Verständnis

London, 9. Juni. Die Nachricht von der Erklärung eines deutschen Transferaufschubs hat in London keine Ueberreaktion hervorgerufen, da sie erwartet worden war. Es wird allgemein ausgegeben, daß der Schritt wohl begründet ist. Im „Daily Telegraph“ heißt es, in London herrsche große Bereitwilligkeit, anzuerkennen, daß Deutschland nicht mehr bezahlen kann als sein Ausfuhrüberschuß beträgt. Auch bestehe nach wie vor Vertrauen zu den guten Absichten Dr. Schachts.

Newyork, 9. Juni. Auch in der Wallstreet ist die Ankündigung der Proklamierung eines Transfer-Moratoriums durch Deutschland im allgemeinen günstig aufgenommen worden. Man ist dort der Ansicht, daß eine solche Maßnahme die Lage der Reichsbank bessern, die Gold- und Devisenvorräte erhöhen und dadurch eine allgemeine Wiederbelebung der Geschäfte in die Wege leiten würde. Die deutschen Obligationen stiegen gestern um 1—5 Punkte.

Ein „Fest der Jugend“

am Tag der Sommerjungenwende

Berlin, 9. Juni. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat zum Fest der Jugend aufgerufen. Teilnehmen sollen alle deutschen Schulen, Jugendvereine, Turn- und Sportvereine, Wehrverbände und sonstigen nationalen Vereinigungen (SA, SS, Stahlhelm, Kuffhäuserbund, Hitlerjugend usw.). Festtag ist die Sommerjungenwende; der Samstag, 24. Juni, wird der Feier dieses Jahres gewidmet sein. Der Schulkunterricht soll an diesem Tag aus Anlaß der Wettkämpfe ausfallen. Am Vormittag finden die Wettkämpfe der Schüler, am Nachmittag die Wettkämpfe der Schulklassen statt. Abends treffen sich die Teilnehmer am Sonnenwendfeuer. Am Sonntag, 25. Juni, soll die Feier in einer Wanderung ausklingen.

Zur Durchführung dieses großen, das ganze Volk umspannenden Festes sind vor allem die örtlichen Verbände für Leibesübungen und Jugendbünde auszuheben, die die Vorbereitungen sofort in die Hand zu nehmen haben. Die nationalen Verbände und die Schulen müssen hierbei selbstverständlich einbezogen werden. In größeren Städten sind Bezirksfeiern abzuhalten. In Gemeinden soll der Bürgermeister bzw. der Gemeindevorsteher die in Frage kommenden Vereinsführer zusammenrufen und die Leitung der Veranstaltung einem aus der Jugend herausgewachsenen Jugendführer übertragen.

Mit dem „Fest der Jugend“ greifen wir eine Sitte unserer Ahnen auf. In diesem uralten heiligen Fest wollen wir die deutsche Jugend zur Verbundenheit mit Natur und Heimat, Volk und Vaterland führen. In ihm soll sie den Stolz auf Rasse, Art und Geschichte erleben. Es gilt, den Rahmen dieses Festes dieser Aufgabe anzupassen. Gesang und Musik, Lied und Tanz sollen die Wettkämpfe der Jugend umrahmen.

Zum Schluß soll das Sonnenwendfeuer alle Teilnehmer in schlichter Weisheit vereinen. Wenn an diesem Abend zum ersten Male in der Geschichte unseres Volks die ganze deutsche Jugend am Feuer versammelt ist und der Gesang zum Nachthimmel steigt, wird sie ein Feuer des Liebes- und Opferbereitschaft für das Vaterland empfinden, das nicht wieder erlöschen wird.

Günstige Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsgesetzes

Berlin, 9. Juni. Das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit hat sich bereits außerordentlich günstig ausgewirkt. Es wird damit gerechnet, daß binnen Jahresfrist rund 1.250.000 Arbeitslose in den Produktions-

prozess zurückgeführt sein werden. Auch das Institut für Konjunkturforschung sagt in seinem letzten erschienenen Wochenbericht ein günstiges Ergebnis voraus, wenn alle Kräfte des deutschen Volks sich zu einträchtigem Denken und Handeln in der von der Reichsregierung angegebenen Richtung zusammenfinden. Uebrigens werden im Lauf des Jahres 1933 weitere Gesetze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit folgen.

Der Reichsfinanzminister gegen das Kasseler Notopfer

Berlin, 9. Juni. Das Reichsfinanzministerium hat das Erforderliche veranlaßt, um die Erhebung des Kasseler Notopfers zu verhindern. Das Vorgehen des Reichsfinanzministeriums gründet sich auf § 2 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach Steuern vom Einkommen nur vom Reich, nicht aber von Ländern oder Gemeinden erhoben werden dürfen. Die Stadt Kassel hatte das Notopfer zwar als eine freiwillige Abgabe bezeichnet, gleichzeitig aber bekanntgegeben, daß jeder, der es nicht entrichtet, durch Raueranschlag öffentlich angeprangert werden solle.

Die Dreier-Konferenz ergebnislos

Paris, 9. Juni. Die fünfstündigen Beratungen des amerikanischen Vertreters Norman Davis und der englischen Minister mit Daladier und Paul-Boncour sind ohne Ergebnis geblieben. Der amerikanische Sonderbotschafter hat mit Unterstützung der Engländer alles aufgeboten, um Frankreich zur beschleunigten Abrüstung zu bewegen. Aber Daladier hat immer wieder die Einführung der ständigen Rüstungskontrolle gefordert, die von Norman Davis nicht versprochen werden konnte. Die Verhandlungen sind also um keinen Schritt vorwärts gekommen, und die Lage in Genf hat sich nicht geändert.

Jahrpreisermäßigung zugunsten beruflicher Bildungsmaßnahmen

Berlin, 9. Juni. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung macht die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter darauf aufmerksam, daß der Reichspostminister auf seinen Antrag den Teilnehmern an beruflichen Bildungsmaßnahmen die Möglichkeit gegeben hat, für die Benutzung von Kraftposten eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung zu erlangen. Der Erlaß beschränkt diese Vergünstigung auf arbeitslose Jugendliche bis zu 25 Jahren die auf Veranlassung eines Arbeitsamtes an beruflichen Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose teilnehmen. Die Vergünstigung wird widerruflich erteilt. Der bei der Bestellung der ermäßigten Karten erforderliche Ausweis muß von dem zuständigen Arbeitsamt ausgestellt sein.

Eröffnung des Katholischen Gesellentags

München, 9. Juni. Der katholische Gesellentag in München wurde am Donnerstag abend in der Hauptausstellungshalle auf der Theresienhöhe mit einer großen Kundgebung eröffnet. Nach gemeinsamem Gesang hielt der Landespräsident Weßner eine Ansprache. Der Oberbürgermeister von München hieß namens der Stadt den Gesellentag willkommen. Generalvikar Buchwieser, München überbrachte die Grüße des Kardinals Faulhaber. Der Vorsitzende der katholischen Jugend Deutschlands Albrod hob die Erziehungsarbeit der Vereine hervor, die auf ein freies und starkes Deutschland gerichtet sei. Ein Vertreter Danzigs betonte die treubürgerliche Gesinnung seiner Heimatstadt, ein Vertreter von Oesterreich überbrachte die Grüße des Kardinals Innitzer und hob die Einheit des gesamten deutschen Volkes hervor. Ferner sprachen Vertreter der Schweiz, von Holland, von Meran, der USA, aus London, und schließlich ein Vertreter der Saar.

212 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 9. Juni. In der zweiten Hälfte Mai hat sich die seit Februar anhaltende Entlastung des Arbeitsmarktes im Reich in verstärktem Maße fortgesetzt. Während in der ersten Hälfte die Zahl der bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen nur um 80 000 abgenommen hatte, ging ihre Zahl in der zweiten Hälfte um rund 212 000 zurück. Die Abnahme im gleichen Zeitraum des Vorjahres war nur 93 000. — Die Arbeitslosenzahl betrug Ende Mai rund 5 Millionen, sie lag damit um rund eine Million unter dem diesjährigen Höchststand und auch schon um rund 60 000 unter dem günstigsten Punkt des Vorjahres, der Anfang Oktober bei einem Stand von 5 103 000 erreicht war.

Entschließung der Internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 9. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute eine an die Weltwirtschaftskonferenz in London gerichtete Entschließung angenommen, in der für die Weltwirtschaftskonferenz folgende Ziele aufgestellt werden: Wiederherstellung stabiler Währungsverhältnisse; Maßnahmen zur künftigen Verhütung verwerflicher Schwankungen des Preisniveaus; Aushebung der Beschränkungen des Welthandels; Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung; Wiedereingliederung der brotlosliegenden Kapitalien in den Geldumlauf durch verschiedene Maßnahmen, u. a. durch sofortige Inangriffnahme größerer öffentlicher Arbeiten, Zusammenarbeit der kapitalreichen Länder mit den kapitalarmen Ländern und Zusammenfassung aller dieser Maßnahmen im internationalen Rahmen.

Daladier zum Viererpakt und zur Weltwirtschaftskonferenz

Paris, 9. Juni. Die heutige Kammer Sitzung brachte insofern eine Sensation, als Ministerpräsident Daladier sich in eingehender Weise über das Viermächteabkommen aussprach. Seine Ausführungen gipfelten vor allem in der Erklärung, daß durch den Abschluß des Viermächteabkommens Frankreich gegenüber seinen Verbündeten, also der Kleinen Entente und Polen, nichts aufgegeben und ihre Interessen in keiner Weise geschmälert habe. Ein Beweis dafür sei die Zustimmung Belgiens. Mit einem Pathos, das man an dem Ministerpräsidenten sonst nicht gewohnt ist, hat er die Worte unterstrichen, die Mussolini in seiner Senatsrede an Frankreich gerichtet hat, und ihm hierfür unter dem Widerspruch der Sozialisten seinen besonderen Dank abgestattet.

Wenn man bei der jetzigen heißen Weltlage eine Friedenspolitik mit Aussicht auf Erfolg betreiben wolle, müsse man überall gegenwärtig sein und eine Verständigung zwischen allen Völkern erstreben.

In der Frage der Weltwirtschaftskonferenz sprach sich Daladier wiederum für die Beibehaltung des Goldstandards aus. Ein stabiler Warenaustausch unter den Ländern sei mit entwerteter Währung nicht möglich. Er sei nicht für die Senkung

der Preise, sondern im Gegenteil für ihre Heraufführung. Daladier trat weiter für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch ein großzügiges und internationales Arbeitsprogramm ein. Die französische Regierung sei bereit, die 40-Stunden-Woche anzunehmen, wenn auch die anderen Länder das täten. Frankreich könne sich nicht zu einer Politik wirtschaftlicher Isolierung entschließen. Aus diesem Geist heraus habe die Regierung ihren Botschafter in Rom beauftragt, das Viermächteabkommen zu paraphrasieren.

Württemberg

Stuttgart, 9. Juni.

Ehungen für den Reichsstatthalter. In den letzten Tagen haben dem Reichsstatthalter das Ehrenbürgerrecht verliehen: die Gemeinde Heumaden, Württemberg, Stuttgart, und Mögglingen, Württemberg. — Umbenannt wurden in der Oberamtsstadt Leutkirch die Kurze Straße und in der Gemeinde Knittlingen die Marktstraße je in Wilhelm-Murr-Straße.

Staatssekretär von Rohr kommt nach Württemberg. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, von Rohr, hat den Wunsch ausgesprochen, sich über die Verhältnisse der süddeutschen Landwirtschaft durch persönliche Fühlungnahme an Ort und Stelle zu unterrichten und dabei die in den süddeutschen Ländern getroffenen Maßnahmen zur Förderung und Organisation des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse kennenzulernen. Staatssekretär von Rohr wird zu einer kurzen Besichtigungsfahrt durch Württemberg am 11. Juni dieses Jahres nach Württemberg kommen. Er wird in Begleitung von Vertretern der württ. Regierung und der Landwirtschaftskammer das Bezirksbutterwerk Niedlingen, die Molkereischule in Ulmendorf, die Omira in Ravensburg und die Obstsammlstellen in Ravensburg und Leitznang besichtigen.

Glückwunsch für Dr. Dornier. Zur hervorragenden Leistung des Dornier-Wal-Flugzeugs „Monsium“ bei der ersten Ueberquerung des Südpazifik mit Zwischenlandung hat das württ. Wirtschaftsministerium Dr. Dornier herzliche Glückwünsche übermittelt.

Arbeitsmarkt Südwestdeutschland. In der zweiten Hälfte des Mai ist eine Entlastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes um 9248 Arbeitslose zu verzeichnen. Damit hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen seit dem in der ersten Märzhälfte erfolgten Einsetzen der Frühjahrsbelebung um rund 55 000 Personen abgenommen. Ende Mai d. J. lag die Arbeitslosenzahl um rund 35 000 unter dem Stand von Ende Mai 1932. Am 31. Mai standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 29559 Personen (21 104 Männer, 8455 Frauen), in der Krisenfürsorge 79 271 Personen (63 260 Männer, 16 011 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2452 oder um 2,2 v. H., nämlich von 111 282 auf 108 830 Personen (84 364 Männer, 24 466 Frauen) gefallen. Davon kamen auf Württemberg 43 116 gegen 45 048, auf Baden 65 714 gegen 66 234 am 15. Mai 1933. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Mai 1933 auf 1000 Einwohner 21,6 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 15,9 Wohlfahrtsverbandslose; nach dem vorläufigen Ergebnis der Zählung vom 31. Mai 1933 waren 80 435 Arbeitslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden belief sich am 31. Mai 1933 auf 287 330 Personen. Davon kamen auf Württemberg und Hohenzollern 112 192 und auf Baden 175 138. Von den Arbeitsuchenden waren 262 991 als arbeitslos anzusehen, und zwar 98 571 in Württemberg und 164 420 in Baden.

Enge Verbundenheit der württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten mit Volk und Regierung. Der Zentralverband württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten hielt am 7. Juni eine außerordentliche Vertreterversammlung ab. Auf der Tagung kam die enge Verbundenheit der württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten mit Volk und Regierung sowie der Wille zur operativen Mitarbeit im nationalen Staat deutlich zum Ausdruck. Verbandsdirektor Rudin-Stuttgart nahm zu den wichtigsten Beamtenfragen Stellung. Besonders betonte er die Notwendigkeit einer einheitlichen Befolgsregelung. Vertikale, gegen das Körperschaftsbefolgsgefeß verstoßende Ausnahmemaßnahmen müßten bekämpft und unterbunden werden. Er richtete an die württ. Regierung die Bitte, die außerordentlich hart wirkenden Maßnahmen der früheren Regierung gegenüber den Beamten in den Landgemeinden möglichst bald abzuhängen und die Rechtsverhältnisse der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten dem Reichs- bzw. Landesrecht anzugleichen. Oberrechnungsrat Einsele stellte sein Amt als Verbandsvorsitzender zur Verfügung und bat, von einer Wiederwahl Abstand zu nehmen. Auf Vorschlag des Bundesmarschall Ulrich wurde zum Verbandsleiter der Unterbeauftragte des Reichskommissars für Beamtenorganisationen, Fuhs und zu dessen Stellvertreter Redl je einstimmig gewählt.

Die Staatsgalerie eröffnet im Ausstellungsraum der Graphischen Sammlung, Königsplatz 32, am Sonntag, den 11. Juni eine Ausstellung: „Novembergeist, Kunst im Dienst der Zerfetzung“. Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt verboten.

Die Landesversammlung der württ. Mietervereine fällt aus. Die auf Samstag, 10., und Sonntag, 11. Juni, in Ehlingen a. N. anberaumte Landesversammlung der württ. Mietervereine fällt zufolge Anordnung des am gestrigen Tag vom württ. Innenministerium, Württ. Politische Polizei bestellten Beauftragten für die Gleichschaltung der württ. Mietervereine aus.

Aus dem Lande

Marktgröningen Württemberg, 9. Juni. Töblicher Einbruch. Als Frau Friederike Krauß von ihrem Küchenfenster aus ein Wäschebüschel holen wollte, verlor sie das Gleichgewicht und stürzte in den Hof, wo sie mit schweren Kopfverletzungen liegen blieb, an deren Folgen sie bald darauf verschied. Die Verunglückte stand im Alter von 70 Jahren und war noch außerst rüstig.

Waiblingen, 9. Juni. Elektrifizierung des Vorortverkehrs. In der letzten Gemeinderats-sitzung wurde beschlossen, die im Jahr 1930 gemachte Eingabe an das Wirtschaftsministerium betreffend Elektrifizierung des Stuttgarter Vorortverkehrs zu erneuern.

Turnverein Wildbad e. V.

am 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem

Abmarsch 2 Uhr mit Musik vom Turnplatz. Programm: Freilübungen und Spiele der Jugend, Geräteturnen, Musterriege, Musikdarbietungen.

Abends ab 8 Uhr in der Turnhalle: Tanzbelustigung.

Morgen Sonntag
Sportplatz beim Windhof

Großes Schauturnen

Die Vereinschießanlage ist wieder im Betrieb. Faustballspiele.

Für Restauration ist bestens gesorgt.

Zu den Veranstaltungen auf dem Sportplatz wird zur Deckung der Unkosten ein kleines Eintrittsgeld erhoben.

Eintritt für Mitglieder des Turnvereins frei. Nichtmitglieder Damen 0.50, Herren 1 Mark Eintritt.

Heilbronn, 9. Juni. Todesfall. Gestern ist an einem Herzschlag Generaldirektor Karl Kaiser gestorben. Er war Mitbegründer der (inzwischen eingegangenen) Firma Kaiser-Dito-WG.

Möckmühl O. A. Neckarst. 9. Juni. Tödlich verunglückt. Auf der Straße Zimmern-Adelsheim stieß der Scharführer der SA, Müller von Rosenberg, mit seinem Motorrad den zu Fuß gehenden Schleier aus Zimmern, der stürzte, aber unwesentliche Verletzungen erlitt, während Müller selbst vom Motorrad geschleudert und tödlich verletzt wurde.

Millingen O. A. Maulbronn, 9. Juni. Der Schulmeister von Millingen. Von Berlin-Charlottenburg kam die Nachricht vom Tod des ältesten Enkels des hier unvergessenen „Schulmeisters von Millingen“, Sanitätsrat Dr. Theod. Dillmann. Der Entschlafene, ein Sohn des Berliner Universitätsprofessors, befand sich stets große Anhänglichkeit an Millingen und gab ihr mehrfach tätigen Ausdruck. Seit Jahren war es sein Wunsch gewesen, daß in Millingen eine Erinnerungsstätte an den „Schulmeister“ und seine gelehrten Söhne August und Christian geschaffen werden könnte. Das dazu nötige Material hat er in liebevoller Arbeit durch Jahre hindurch zusammengetragen.

Wildberg, 9. Juni. Einem Herzschlag erlegen. Im Arbeitslager Wildberg wurde am 8. Juni Waldemar Rost, der erst am Abend zuvor in dieses Schulungslager des nationalen Hilfsdienstes eingetreten war, auf dem Weg zur Arbeitsstätte, während einer Ruhepause auf dem Bahnhof Wildberg von einem Herzschlag betroffen, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Die Leiche wurde durch den Arbeitsdienst noch am gleichen Tag nach Ludwigsburg übergeführt.

Calw, 9. Juni. Todesfall. Gestern nachmittag ist der Direktor des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Teinach-Frisch Schmidt gestorben. Er hat 22 Jahre lang den 115 Gemeinden umfassenden Verband mit vorbildlicher Pflichttreue geleitet.

Tailfingen, O. A. Balingen, 9. Juni. In Schutzhäft. Hier wurde letzter Tage ein junger Mann (Kommunist) in Schutzhäft genommen, weil er einen Sowjetstern auf die Straße malte.

Göppingen, 9. Juni. Aus dem Gemeinderat. In der am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des neu eingesetzten Staatskommissars, Rechnungsrat Scheuthle, abgehaltenen Gemeinderatsitzung stellte der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Raab die Frage, welche Gründe für den Rücktritt der beiden sozialdemokratischen Gemeinderäte Majer und Ramsperger vorgelegen hätten und wie sich die SPD. die weitere sachliche Mitarbeit im Gemeinderat denke. Auf die von drei sozialdemokratischen Rednern gegebene Antwort fiel von nationalsozialistischer Seite die Bemerkung, daß auf die weitere Anwesenheit der Sozialdemokraten kein Wert mehr gelegt werde. Dies nahm die sozialdemokratische, noch aus fünf Mitgliedern bestehende Fraktion zum Anlaß, den Sitzungssaal zu verlassen. Ein offizieller Ausschluß durch den Vorsitzenden erfolgte nicht. Der Gemeinderat faßte einstimmig den Beschluß, sich von der abgetretenen SPD-Fraktion den freiwilligen Verzicht auf ihre Mandate bestätigen zu lassen.

Ludwigsburg, 9. Juni. Generalleutnant von Schröder. Generalleutnant a. D. Ernst von Schröder ist hier nach langem Leiden gestorben. Er war geboren in Ludwigsburg am 25. Februar 1862 und war ein außerordentlich befähigter Offizier. Im Krieg war er zuletzt Kommandeur des Militärkreises Nowogradel.

Badnang, 9. Juni. Tödlicher Autounfall. Am Mittwoch vormittag ist bei Harbach ein Personentransportwagen auf einen von Sulzbach herkommenden Lastzug aufgefahren. Der Personentransportwagen wurde von dem 68jährigen Studiendirektor a. D. E. Reinhold gesteuert. Er ist am Donnerstag den Folgen einer Brustkorb-Quetschung und Rippenbrüchen erlegen. Sein Bruder und seine Tochter erlitten Gesichtsverletzungen und Schürfwunden.

Arbeitslager. In der Donnerstagssitzung des Gemeinderats teilte Bürgermeister Dr. Riehard mit, daß Badnang ein Arbeitslager bekomme. Inzueit werden bis Ende dieses Monats 90 Mann des nationalen Arbeitsdienstes.

Tübingen, 9. Juni. Großes Artillerietreffen. Am 2. Juli feiert der hiesige Artillerieverein sein 25. Stiftungsfest. Aus diesem Anlaß findet ein großes Artillerietreffen in Tübingen statt.

Ulm, 9. Juni. Elektrischer Mehrgewagensonderzug. Auf dem Ulmer Hauptbahnhof traf gestern ein ziemlich langer, aus Mehrgewagen und besonderer Maschine bestehender Sonderzug ein, mit dem Messungen auf der neu in Betrieb genommenen Strecke Stuttgart-Ulm-Augsburg ausgeführt werden.

Bom Stadtheater. Das Ulmer Stadttheater soll in der nächsten Spielzeit etwa zwanzig Städte im Gebiet zwischen Heidenheim und dem Bodensee bespielen, ähnlich wie das Stadttheater Heilbronn für das Unterland. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Tettmang, 9. Juni. Auf freien Fuß gesetzt. Der bisherige Personalführer Diebold vom Luftschiffbau in Friedrichshafen, der sich einige Tage im hiesigen Untersuchungsgefängnis befand, ist gegen eine Sicherheitsstellung von 500 RM. auf freien Fuß gesetzt worden, da eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt. Dem Vernehmen nach kommen neben Unterschlagungen auch Verfehlungen gegen die Devisenordnung in Frage.

Stuttgart, 9. Juni.

Dr. Goebbels kommt nach Stuttgart. Am 29. Juni wird, wie der NS-Kurier berichtet, Reichsminister Dr. Goebbels nach Stuttgart kommen. Nach Besichtigung des Rundfunks wird ein Presseempfang stattfinden, worauf der Minister noch verschiedene Parteibienststellen Besuchen wird.

Lokales.

Wildbad, 10. Juni 1933.

Betr. Rote Kreuz-Tag. Wie wir hören, findet der rote Kreuz-Tag im Bezirk Neuenbürg nicht am morgigen Sonntag, sondern am Sonntag den 16. Juli 1933 statt.

Von der Bergbahn. Zum Anschluß an den Berliner Abendzug und zur Erleichterung des Besuchs der Replersternwarte verkehrt künftig um 10 Uhr abends ein Bergbahnwagen.

Vom Turnverein. Auf das am Sonntag nachmittag auf dem Sportplatz beim Windhof stattfindende Turnen sei hiemit hingewiesen. Neben turnerischen Darbietungen werden auch Turnspiele der Jugend und Faustballspiele veranstaltet. Abends findet in der Turnhalle Tanzbelustigung statt. (Siehe Anzeige).

Landes-Kurtheater. Infolge des großen Erfolges des gefrigen Gastspiels findet ein nochmaliges Gastspiel des Legegnsee Bauerntheaters (Direktion Bartl Ingers) am Mittwoch, den 14. Juni statt und zwar kommt der neue, unerhört lustige Schwank „Die drei Dortheiligen“ von Neal und Ferner zur Aufführung. Das Stück ist unübertrefflich in Situationskomik und bekanntlich sind die Legegnsee Meister in der Darstellung solcher Szenen. Außerdem läßt sich der Zithervirtuose in der Pause nach dem 1. Akt wieder hören. So wird den Besuchern wieder ein lustiger und genußreicher Abend geboten. Vorverkauf ab Dienstag, den 13. Juni an der Theaterkasse (10.30—12 Uhr, 3.30—5.30 Uhr). Bestellungen werden auch in der Buchhandlung Biernow, Adolf Hitler-Platz entgegengenommen.

Malzkaffee? Ja, aber nur Kathreiner, den echten!

Bis zu 3 000 Mark Belohnung für die Ermittlung der Fälscher von Reichsbanknoten. Trotz häufigen Warnungen vor der Annahme falscher Reichsbanknoten gelingt es Fälschern, in erster Linie kleine Gewerbetreibende mit falschen Noten zu betrügen. Wer die Verhaftung der Hersteller dieser Noten und Beschlagnahme des Fälschermaterials veranlaßt oder hierzu beiträgt, hat Anspruch auf einen seiner Mithilfe entsprechenden Teil obiger Belohnung. Die Reichsbank belohnt auch diejenigen Personen angemessen, durch deren Mithilfe die Festnahme von wissenschaftlichen Verbreitern falscher Reichsbanknoten gelingt. Hierdurch werden alle bisherigen Auslobungen der Reichsbank, in denen für die Ergreifung von Herstellern falscher Reichsbanknoten höhere Beträge als 3 000 Mark vorgeesehen sind, kraftlos.

Musikalische Abendveranstaltungen im Kurssaal, kommende Woche. Die bedeutendste Veranstaltung findet Dienstag den 13. Juni statt, bei welcher die junge, beliebte Karlsruher Koloratur-Sopranistin Fräulein Lotte Fischbach als Solistin Ariens aus Verdis „Rigoletto“, Puccinis „Madame Butterfly“ und Leoncavallos „Bajazzo“ mit Orchesterbegleitung zum Vortrag bringen wird. Diese ausgezeichnete junge Künstlerin, welche schon des öfteren in unserer Badestadt mit vielem Erfolg auftrat, ist vom nächsten Herbst ab für das Nationaltheater in Mannheim verpflichtet worden. Vom staatlichen Kurorchester unter Herrn Schröders Leitung werden wir in diesem Konzert außer Beethovens herrlicher A-dur-Sinfonie noch zwei kleinere neue Werke und zwar das sinfonische Vorspiel zu „Schirin un Gertraude“ von Paul Graener und den „Tanzspud“, mitternächtlicher Reigen von Carl Schroeder zu hören bekommen. — Montagabend (12. Juni) spielt das Streichquartett des Kurorchesters unter Führung des Konzertmeisters Iwan Fliege, Quartette von Haydn und Mozart. Auch dieser Abend dürfte Freunden solcher Musikgattung einen besonderen Genuß bieten, zumal man weiß, daß jeder dieser vier Spieler ein Künstler in des Wortes wahrster Bedeutung ist, es ermangelt ihnen auch niemals die Begeisterung und Freude am Spiel. Mögen sich diese Veranstaltungen eines guten Besuches erfreuen; Inhaber weißer Kurtagarten haben freien Eintritt.

Reiseverkehr. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Trotz Bekanntmachung, wonach Durchreisen durch Desterreich grundsätzlich wegen der schwierigen Nachkontrolle nicht genehmigt werden können, hat sich in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, sie seien nunmehr ermöglicht. Es muß von jedem Deutschen, insbesondere aber von den Beamten erwartet werden, daß sie auch bei der beginnenden Reisezeit angesichts der Lage sich auf das Inland beschränken. Die einzelnen Behörden sind angewiesen, auch ihrerseits entsprechend auf die Beamten einzuwirken.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Tagung der Deutschen Akademie für Dichtung. Am 7. und 8. Juni tagte in Berlin die erneuerte Abteilung für Dichtung an der Preussischen Akademie der Künste. Kultusminister Rust als Kurator und Max von Schilling als Präsident der Gesamtakademie eröffnete die Gründungsversammlung. Die Abteilung für Dichtung vereint in sich die deutschen Dichter aller Volkstämme. Aus dem betont außerordentlichen Zustande ihrer früheren Zusammenkunft ist sie

zu einem vollbewußten und artgerechten Lebenskörper umgebaut worden. Daher erklärt sie sich unter Wahrung der bisherigen Rechtsgrundlagen reichszuständig als die Deutsche Akademie der Dichtung.

Die zweite Südamerikafahrt des Graf Zeppelin. Das Luftschiff Graf Zeppelin hatte in einer Rekordzeit von 55 Stunden nach dem Start in Friedrichshafen Südamerika erreicht. Die Weiterfahrt nach Rio, die dortige Landung und die Rückkehr nach Pernambuco sind glänzend verlaufen. In Pernambuco erfolgte die Landung Freitag morgen um 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit. Nach Ergänzung von Betriebsstoff und Triebgas fand der Start nach Europa fahrplanmäßig Freitag abend statt.

Wertlotterie zugunsten der Luftschiffbestrebungen. Wie das Präsidium des Reichsluftschiffbunds mitteilt, ist die Genehmigung erteilt worden, zugunsten der Luftschiffbestrebungen eine Wertlotterie zu veranstalten. Die Ziehung findet am 22. und 23. Juni 1933 statt.

Das Urteil im Kottler-Prozess. Im Kottler-Prozess wurde am Donnerstag abend das Urteil verkündet. Der Angeklagte Schädlser wurde zu 12 Monaten Gefängnis, Rheinberger zu 9 Monaten, Frommelt zu 5 Monaten und Köhler zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, jeweils unter Abzug der Unteruchungshaft. Die Entschädigungsansprüche Friz Kottlers wurden auf den Zivilweg verwiesen, dagegen die Ansprüche der Frau Wolf teilweise gutgeheißen.

Von den Landeshochschulen. Prof. Dr. Braun von der Technischen Hochschule Stuttgart ist kürzlich in Anerkennung seiner besonderen Verdienste zusammen mit Prof. Weeseheimer vom Rektor, Prof. Wegeh, die goldene Hochschulmedaille verliehen worden.

Einsturzunglück. Bei Plewra in Nordbulgarien wurden beim Einsturz einer Tongrube ein Arbeiter und fünf Kinder getötet.

Zwei Frachtschiffe gekentert. Zwei Frachtschiffe, die sich auf dem Weg nach Kalkutta befanden, sind in schwerem Sturm gekentert. Von den 19 Mann Besatzung der beiden Schiffe werden 11 vermisst.

Dier Tote bei einer Explosion. Bei einer Explosion in einer pyrotechnischen Fabrik in Ferrara fanden vier Arbeiter den Tod.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs 3,496 G., 3,504 B.
Berliner Dollarkurs 3,496 G., 3,504 B.
100 franz. Franken 16,62 G., 16,66 B.
100 Schweizer Franken 81,72 G., 81,98 B.
100 österr. Schilling 46,95 G., 47,05 B.
Privatdiskont 3,875 v. J. kurz und lang.
Dt. Wbl.-Anl. 78, ohne Ausl. 12,95.
Württ. Silberpreis, 8. Juni. Grundpreis 44 RM. d. Ag.

Entscheidung zum Zinsproblem

Auf der Tagung des Verbands öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten wurde zur Frage der Zinsermäßigung eine Entscheidung gefaßt, in der einstimmig die Auffassung vertreten wird, daß zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft die umgehende Ermäßigung der überhöhten Zinslast auf eine etwa den Vorkriegsverhältnissen entsprechende Höhe erforderlich ist. Die beteiligten Institute sind ihrerseits bereit, im Personalvertragsbereich den höchsten Zinssatz gegenüber dem letzten Kreditnehmer ab 1. Juli unter Zugrundelegung des jetzigen Reichsbankzins auf 6,5 Prozent, späterhin auf 6 Prozent herabzusetzen. Die Berechnung aller kreditverwehrenden, offenen und verfallenen Provisionen muß in Zukunft unterbleiben. Es besteht ferner Einstimmigkeit darüber, daß für langfristige mündelbare Hypotheken und sonstige Ausleihungen ein Höchstzins von 4,5 Prozent einschließlich Verwaltungskostenbeitrag erreicht werden muß.

Zinssenkung bei der Württ. Landesparkasse. Die Württ. Landesparkasse hat sich entschlossen, mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an den Zinssatz für Hypotheken von 8 auf 5% herabzusetzen. Sie war dabei von dem Betreiben geleitet, ihrerseits alles zu tun, um ihren Schuldnern schon vor der in Aussicht genommenen allgemeinen Regelung der Zinsfragen eine Erleichterung zu verschaffen. Die bisherigen Einlagezinsätze bleiben unberührt.

Aufwärtsbewegung deutscher Werte an der Londoner Börse. An der Londoner Börse entwickelte sich eine kräftige Aufwärtsbewegung von deutschen Bonds, was in der Hauptsache auf das Eintreffen beruhigender Meldungen aus Berlin über die Transferrage zurückzuführen war. Die Staatsanleihe stieg vorübergehend bis auf 70 Prozent nach 62,5, während die Pfundanleihe von 42,5 bis auf 49 Prozent anstieg.

Gegen Industrie-Abwanderung. Die aus volkswirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen unerwünschte Abwanderung von deutschen Betrieben nach dem Ausland ist immer noch nicht völlig zum Stillstand gekommen, obwohl die Abwanderungsbestrebungen durch die hiergegen getroffenen Maßnahmen wie auch infolge der Unsicherheit der weltwirtschaftlichen Lage einen gewissen Rückgang erfahren haben. Es erscheint, wie amtlich mitgeteilt wird, angebracht, darauf hinzuwirken, daß die neuerdings erlassene Verleumdungsdurchführungsverordnung zur Devisenverordnung vom 9. Mai 1933 u. a. auch Betriebsverlegungen nach dem Ausland weitergehend erschwert hat.

Die Entwicklung des Einzelhandels. Nach den letzten Statistiken über die Entwicklung des Einzelhandels ist in den letzten Monaten eine unverkennbare Besserung in der Umsatzentwicklung festzustellen. Im letzten Drittel des Jahres 1932 und zu Beginn 1933 haben sich die Umsatzrückgänge erheblich verlangsamt, in einigen Handelszweigen sind sie etwa im März-April 1933 erstmalig zum Stillstand gekommen.

Ergebnislose Zwangsversteigerung. Am Pfingstdienstag fand bei der in Konkurs geratenen Firma Uhlman in Weingart O. A. die Zwangsversteigerung statt. Bei der Versteigerung waren mehrere Interessenten anwesend, aber ein Angebot wurde nicht gemacht. Der Grund hierfür dürfte wohl in der Befürchtung liegen, daß die Konkurrenz der Firma Uhlman sich inzwischen anderen Firmen zugewendet hat. Die Oberamtsparkasse hat die Einstellung des Konkursverfahrens beantragt. Das Anwesen wird voraussichtlich aus freier Hand verkauft werden.

Bevorstehende Rückzahlung des Rediskonkredit der Goldbistkontbank. Wie wir erfahren, wird der am 1. Juli fällig werdende amerikanische Rediskonkredit der Goldbistkontbank in Höhe von 45 Millionen Dollar zurückgezahlt werden. Auch die Rückzahlung dieses Kredites entspricht, wie seinerzeit die des Rediskonkredit der Reichsbank, dem Bestreben des Noteninstitutes, die wahre Gold- und Devisendeckung in den wöchentlichen Ausweisen zu zeigen. Durch die inzwischen eingetretene Entwertung des Dollars ergibt sich, da die Rückzahlung des Kredites in Papierdollars erfolgt, ein Kursgewinn, der sich unter Zugrundelegung eines Kurses von 3,50 bis 3,55 RM. für den Dollar auf etwa 30 Millionen RM. errechnet. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Reichsbank bzw. Goldbistkontbank auf der anderen Seite als Vermögensträger von Dollarkonten das Risiko aus den Währungsentswertungen zu tragen haben.

Seringere Schlachtfähigkeit im Mai. Der Abrufeingang der Mal blieb hinter demjenigen des gleichen Monats des Vorjahres zurück.

Gesamtverband der deutschen Bekleidungsindustrie. Nach Abschluß der Vorbereitungen eines fünfköpfigen Aktionsausschusses ist als Zusammenfassung der bisherigen Fachgruppe Bekleidungsindustrie beim Reichsverband der deutschen Industrie und der einzelnen Fachverbände namentlich der Gesamtverband der deutschen Bekleidungsindustrie gegründet worden. Ein Führerbeirat, der von je einem Vertreter der 16 Sektionen gebildet wird, die bei den vier Fachschaften männliche Oberbekleidungs-, weibliche Oberbekleidungs-, Wäsche- und Hut-Industrie bestehen, stehen dem Direktorium beratend zur Seite.

Ermäßigung der Ausfuhrückvergütungsgebühren beim Eisenband. Durch Beschluß des Direktoriums des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes werden die Gebühren für die Bearbeitung der Ausfuhrückvergütungsanträge ab 1. Juni 1933 für die Mitglieder des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes wie folgt gekürzt: 1. Der bisherige Gebührensatz wird von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt. 2. Die Grundgebühr von 3 RM. je Antrag fällt fort.

Neue amerikanische Schatzscheine in Höhe von 900 Mill. Reiter meldet: Schatzamtssekretär Woodin hat die Ausgabe von ungefähr 500 Mill. Dollar 2,875proz. Schatzscheine mit fünfjähriger Laufzeit und von ungefähr 400 Mill. Dollar 3,25proz. Schuldverschreibungen mit neunmonatiger Laufzeit angekündigt. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, fällig werdende Zahlungen zu bestreiten, die Zinsen der öffentlichen Schulden zu decken und Mittel für das Programm industrieller Wiederherstellung zu beschaffen. Die heutige Ausgabe von 900 Mill. Dollar wird als Beginn eines zweijährigen Anleiheprogramms angesehen, das insgesamt 5200 Mill. Dollar umfassen soll. Für öffentliche Arbeiten sollen auf Grund des Gesetzes zur Besserung der Lage in der Industrie 3300 Mill. Dollar und für verschiedene Aufgaben der Reconstruction Finance Corp. 1900 Mill. Dollar aufgebracht werden.

Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Binnenschiffahrt. Ueber die zur Behebung der Verkehrsnöte auf den Wasserstraßen notwendigen Maßnahmen fand im Reichsverkehrsministerium eine vom Reichstanzler angeregte Aussprache zwischen Vertretern der Reichsbahn und der Binnenschiffahrt statt. Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß sich die Reichsbahn bereit erklärte, einzelnen als besonders dringlich bezeichneten Wünschen der Schiffahrt soweit als irgend möglich zu entsprechen und die noch offen

stehenden Fragen in wohlwollendem Sinne zu prüfen. Diese Prüfung soll alsbald aufgenommen und unter Mitwirkung des Reichsverkehrsministeriums beschleunigt zu Ende geführt werden.

Spanien will Kälber kaufen. Aus Bannan wird mitgeteilt, daß die Spanier, die im vorigen Jahr Tiere erworben, im Juni wieder kaufen wollen und zwar einen Waggon Jungtiere von 1-1 1/2 Jahren (ohne Erntezähne) und zwei Waggon Jungtiere gleichen Alters (ohne Erntezähne). In Frage kommen nur Tiere mit Abstammung, guten Körperformen und fräftigen Knochen.

Preiserhöhung für Armaturen. Der Verband deutscher Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen-Fabrikanten (Gawaba) hat infolge der in den letzten Wochen eingetretenen mehr als 50prozentigen Steigerung des Kupferpreises die sofortige Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise, um 10 Prozent beschlossen.

Reichsverband deutscher Werkzeugmaschinenhändler e. V. In den letzten Tagen ist auch der organisatorische Zusammenschluß der Werkzeugmaschinenhändler, der bereits im Vorjahr geplant war, zum Reichsverband deutscher Werkzeugmaschinenhändler e. V. erfolgt. Zum Syndikus wurde Dr. Horst Brodowski (Berlin) bestellt. Der Vorstand besteht aus den Herren Walter Sebring, Ernst Blum und Billy Bödel.

Die Bayerische Motorenwerke AG., München, verzeichnet für 1932 einen Reingewinn von 706 350 Mark, der sich um den Gewinnvortrag aus 1931 von 105 950 RM. auf 812 255 RM. erhöht. Es wird eine Dividende von 5 Proz. verteilt, während der Rest von 62 255 RM. vorgezogen wird.

Stuttgarter Börse, 9. Juni. Die heutige Börse war uneinheitlich. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Württ. Goldpfsandbriefe bei anhaltender Nachfrage gut behauptet, Mißbefäh 77 Proz. Der Aktienmarkt war bei guten Umsätzen leicht abgeschwächt. Heidelberger Zement Akt. 82-82 (- 1 Proz.), Daimler-Benz 32-30,75 (- 1/4 Proz.), Deutsche Linoleumwerke 53-53 (- 1/2 Proz.), D. G. Farbenindustrie 134 1/2-134 1/2 (- 1/4 Proz.), Fr. Heßler Maschinen 151-150, Gebr. Junghans 35-35, C. D. Magirus 2,5 bis 2,5 Proz., Redarwerte Eßlingen 80-80 1/2, Südd. Zucker 162 (- 1 Proz.).

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 9. Juni. Weizen mkt. 19.30-19.50, Roggen 15.30-15.50, Futter- und Industrieernte 16.40-17.40, Hafer 13.50-13.90, Weizenmehl 22.75-27, Roggenmehl 20.75 bis 22.85, Weizenkleie 8.70-8.90, Roggenkleie 9-9.20.

Hagdeburger Zuckerpreise, 9. Juni. Innerhalb 10 Tagen 32.15, Juni 32.35 und 3.40. Tendenz stetig.

Bremen, 9. Juni. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco: 10.46.

M ä r k t e

Viehpreise. Alshausen, DM. Saulgau: Farren 240-400, Ochsen 180-410, Kühe 200-310, Kalben 210-380, Rinder 80-120. — Biberach: Ochsen 220-355, Kühe 125-240, Kalben 220-360, Jungvieh 105-170. — Falk: Kühe 150-355, Jungvieh 85-280 M.

Schweinepreise. Alshausen, DM. Saulgau: Milchschweine 16 bis 23. — Bönningheim: Milchschweine 15-20, Läufer 28-34.

— Böhlerstein: Milchschweine 16-21. — Eßlingen: Milchschweine 16-21. — Gaildorf: Milchschweine 13-20. — Hemlingen: Ferkel 17-23. — Künzingen: Läufer 31-44, Milchschweine 16-24. — Schwenningen: Milchschweine 18. — Weilerstadt: Milchschweine 15-22,50. — Winnenden: Milchschweine 18-24. — Munderkingen: Milchschweine 18-21. — Riedlingen: Milchschweine 18-23 M.

Landesobstbauverein. Der Vollausschuß des Württ. Obstbauvereins in Stuttgart hat nun endgültig als Termin für den Landesobstbautag in Herrenberg den 14., 15. und 16. Oktober d. J. festgesetzt. Mit diesem Obstbautag soll das 40jährige Bestehen des Landesobstbauvereins in Herrenberg, „Abteilung Obstbau“, feierlich verbunden werden. Es ist geplant, mit dieser Tagung eine große Landesobstbauausstellung zu verbinden.

Der Blaufelchensfang im Bodensee hat nach einer Winterpause, die länger als in früheren Jahren dauerte, begonnen.

Das Wetter

Infolge des nördlichen Hochdrucks ist für Sonntag und Montag vielfach heiteres und trübendes, jedoch zu vereinzelten Gewitterförderungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Evangelischer Gottesdienst.

Dreieinigkeitsfest, den 11. Juni 1933.
8 Uhr Christenlehre (Töchter) Stadtpfarrer Baun.
9.30 Uhr Predigt (Text: Joh. 3, 1-15; Lied: 1) Stadtpfarrer Dauber. — 10.45 Uhr Kindergottesdienst.
8 Uhr abends Bibelstunde Stadtpfarrer Baun.
Das Opfer ist für dringende Bedürfnisse der Kirchengemeinde bestimmt.

Donnerstag, den 15. Juni 1933.
4 Uhr nachmittags Bibelstunde im Katharinenstift Stadtpfarrer Dauber.
Die Kirche ist täglich geöffnet von 9-11 und von 17-19 Uhr. Biehlhöreranlage für Schwerhörige im ersten Viertel rechts, letzte Bank.

Katholischer Gottesdienst.

1. Sonntag nach Pfingsten den (11. Juni) Dreifaltigkeit.
7 und 8 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Predigt und Amt hernach sofort Andacht.
Donnerstag, Fronleichnamstag den (15. Juni).
7 und 8 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Hochamt, hernach Prozession im Gotteshaus. Nachmittags 3 Uhr Andacht.
Werktags: 7 Uhr hl. Messe. Mittwoch, Freitag und Samstag abend 6.05 Uhr Segensandacht.
Beicht: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Mittwoch nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag und Feiertag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonn- und Feiertag und Werktags vor und während der hl. Messe und des Amtes.

Stadt Wildbad.

Am Samstag und Sonntag, den 10./11. ds. Mts. findet hier der **Verbandsstag der Gipier- und Stuckateurmeister Württembergs** statt. Die Einwohnerschaft wird gebeten, zu Ehren der Gäste die

Häuser zu besflaggen

und zu schmücken. Tanneureisig wird bei der Turnhalle abgegeben.

Wildbad, den 9. Juni 1933.

Bürgermeisteramt.

Steuer-Einzug.

Die Grund-, Gebäude-, Gebäudeentschuldungs- und Gewerbesteuern für Monat Juni 1933, die rückständigen Steuern, Bürgersteuern pro 1931 und 1933 werden am

Montag den 12. Juni 1933

vormittags 10 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses zum Einzug gebracht. An die Bezahlung der Brandschadenumlage 1933 wird wiederholt erinnert, vom 12. Juni 1933 ab werden 12% Verzinsungen pro Jahr für die rückständige Umlage berechnet.

Wildbad, den 9. Juni 1933.

Stadtkasse.



Nat.-Soz. Betriebszellen-Organisation.
Heute abend 8 Uhr

findet im Saale des Wildbader Hofes in Wildbad ein Vortrag über

N. S. D. und die Gewerkschaften

statt. Kein Arbeitnehmer darf diese Aufklärung verjäumen. Für N. S. D.-Mitglieder ist Erscheinen Pflicht.

Kreisbetriebszellenleiter:
H. Treutle.

Freien Eintritt.

Kein Trinkzwang.



Zu dem am Sonntag, den 11. Juni 1933, im Saal der „Alten Eide“ stattfindenden

Werbe-Abend

der **Hitler-Jugend Wildbad** laden wir alle Parteigenossen, die Einwohnerschaft und Kurgäste ein.

Hitler-Jugend Wildbad

Saalöffnung 1/2 7 Uhr.

Beginn punkt 7 Uhr.

Fahnen

jeder Art in verschiedenen Stoffqualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt

Rudolf Linder
Tapeziermeister.

Empfehle meine selbstgemachten **Hartgrieß-Eiernudeln Makkaroni, Hörnchen und Spaghetti**
Bäckerei Kübler



Wildbad, 9. Juni 1933.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben, unvergeßlichen Entschlafenen

Herrn Julius Britzelmaier

sagt herzlichen Dank

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Arnold Britzelmaier.



braucht Ihr Heim

Damit Sie Ihre Wünsche besser befriedigen können, haben wir unsere Leistungen noch gesteigert. Überzeugen Sie sich unverbindlich von den besonderen Vorteilen, die wir Ihnen bieten können durch die Beschichtigung unserer Verkaufsräume

Pforzheim, Schlossberg 19

30deutsche Möbel-Industrie
Gebr. Trefzger, G.m.b.H., Kastatt

Zum Deutschen Tag
am 1. und 2. Juli 1933 empfiehlt
Fahnen in jeder Art
und Ausführung
Tapeziermeister R. Ott
Wilhelmstraße 30.

Augenarzt Dr. Ostenried
Pforzheim, Westliche 29
Sprechstunden: 9-1 und 1/2 5-6 Uhr
Samstag nachmittags keine

Deutscher Tag in Calw
am Sonntag den 18. Juni 1933.
Hierzu ist Einladung an den Verein ergangen und werden die Kameraden des Krieger- und Militärvereins und die Kleinfalkerschützen-Abteilung aufgefordert, recht zahlreich daran teilzunehmen.
Abfahrtszeit per Bahn: 10.15. Rückfahrt in Calw: 19 Uhr
Fahrpreis 1.50 Mark.
Je nach Beteiligung kommt auch eine Autofahrt zu annäherndem Preise in Frage. Anmeldungen wollen bis längstens Donnerstag, den 15. Juni beim Schriftführer Gustav Gutbub vorgenommen werden, woselbst auch das Programm eingesehen werden kann.
Der Ausschuß
des Krieger- und Militärvereins
Wildbad.

Deutscher Bauwerksbund
(Bauarbeiterverband)
Samstag abend 6 Uhr, findet im Vereinszimmer der Turnhalle eine
Bersammlung
statt. Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand.